

Fahrverbot: Lungau fordert es

Durchzugsschwerverkehr: Lungaus Bürgermeister fordern ein Fahrverbot im gesamten Bezirk.

LUNGAU (pjw). Die 15 Bürgermeister des Lungaus sind sich einig: Sie fordern ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchst zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen im gesamten Bezirk Tamsweg/Lungau. Bei der Vollversammlung des Regionalverbandes im Haus für Wirtschaft, Arbeit und Bildung in Tamsweg wurde am Donnerstag der Vorwoche einstimmig beschlossen, beim zuständigen Ressort des Landes Salzburg ein solches Fahrverbot zu fordern. Jetzt werde die Resolution aus dem Lungau durch die behördlichen Fachabteilungen gehen, heißt es. „Eine Lösung im ersten Halbjahr 2020 wird jedenfalls angestrebt“, betont der Regi-

onalverbandsobmann, der Landtagsabgeordnete Manfred Sampl.

Drei Ausnahmen

Ausnahmen von einem solchen Lastkraftwagen-Fahrverbot sollte es geben – geht es nach den Lungauer Bürgermeistern: neben den LKW-Fahrten auf der A10 Tauernautobahn soll nämlich auch der Ziel- und Quellverkehr im Lungau sowie im Bezirk Murau möglich sein. „Die Wirtschaft in der Heimat einschränken, wollen wir nicht“, betont Regionalverbandsobmann Sampl.

Ziel: Maut-Flüchtlinge bannen

Mit ihrem geforderten Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge möchte die Vollversammlung des Regionalverbandes Lungau vor allem den Durchzugsschwerverkehr auf die Autobahn bannen und die Anrainer vor Autobahn-Mautflüchtlingen, die aus Kostengründen lieber auf die Bundes- und Landesstra-



Sampl: „Der Schwerverkehr gehört auf die Autobahn.“

Fotos: P.J. Wieland

ßen ausweichen, schützen. Zudem sei dieser Ausweichverkehr eine Belastung für die Umwelt vor Ort und stelle auch ein erhöhtes Gefahrenrisiko auf den regionalen Straßen dar.

Lungau will nachziehen

Laut Regionalverbandsobmann Manfred Sampl wurden zuletzt im



Regionalverbands-Geschäftsführer Fanninger und die Bürgermeister **Gappmayer, Sampl, Eißl** und **Radebner** (v. li.) beim Pressegespräch.

steirischen Ennstal und in der steirischen Gemeinde Scheifling Leistungsmaßnahmen ergriffen, die eine zukünftige erhöhte Schwerverkehrbelastung für den Lungau erwarten ließen. Man müsse nachziehen; es sei notwendig,

bundesländerübergreifende Lücken zu schließen und eben eine solche politische Forderung, die nun von allen Bürgermeistern des Lungaus unterstützt wird, zu formulieren. Diese Formulierung ist durch die Resolution nun erfolgt.